

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Wir müssen alle Hebel nutzen, um Putin zur Beendigung des Krieges zu zwingen. Dazu zählt auch das Geld. Die EU-Kommission hat daher auch Sanktionen beschlossen, die für die Umgebung von Putin schmerzhaft sein sollen.

Russische Oligarchen, oft ehemalige Staats- und Parteifunktionäre, die sich beim Zerfall der Sowjetunion Staatseigentum unter den Nagel gerissen haben, und in London, Rom oder Baden-Baden ein luxuriöses Leben führen, sollen Angst bekommen um ihre Vermögen. Sie gehören zum Machtapparat Putins - sanktioniert man sie, trifft man auch den Präsidenten, so der Gedanke. Nicht die Verkäuferin im Moskauer Kaufhaus GUM sollte bestraft werden, sondern diejenigen, die von Putins Krieg profitieren.

Das Problem dabei: Um die Vermögen der Oligarchen einfrieren zu können, muss man herausfinden, wo sich diese befinden und wem sie gehören. Das ist sehr schwer, denn die Oligarchen selbst besitzen die Immobilien, Yachten, Unternehmen und Wertpapiere meist gar nicht: Die offiziellen Eigentümer sind in aller Regel Unternehmen mit Strohleuten als Geschäftsführer. Und die Besitzer dieser Unternehmen sind wiederum mit anderen Unternehmen verschachtelt, die in anderen Ländern registriert sind. Die Namen der Oligarchen tauchen in den Urkunden nur selten auf.

Anonyme Unternehmensstrukturen, die wir leider bislang in der EU zulassen und die von diesen Oligarchen eifrig genutzt werden, gehören daher endlich verboten. Auch bei den Investitionen in das Betongold, also in die Immobilien, ist die Identifizierung schwierig, weil die Grundbücher bei uns weder digitalisiert, zentralisiert noch frei zugänglich sind. Wenn wir den russischen Oligarchen glaubhaft drohen wollen, dann müssen wir diese Situation schnellstens ändern.

Und wir brauchen auch eine Beweislastumkehr. Vermögen, deren Besitzer nicht bekannt oder deren Herkunft zweifelhaften Ursprungs sind, müssen von unseren Behörden so lange eingefroren werden, bis der wahre Eigentümer belegt, dass er die Reichtümer legal erworben und versteuert hat. Der italienische Staat behandelt die Vermögen mutmaßlicher Mafia-Mitglieder schon seit langem auf diese Art und daran sollten wir uns im Vorgehen gegen die russischen Oligarchen ein Beispiel nehmen.

Herzlichen Dank.